

# Kleeblatt Nr. 6

November 1987  
SPD-Ortsverein  
Allensbach

## Was ist los bei uns?

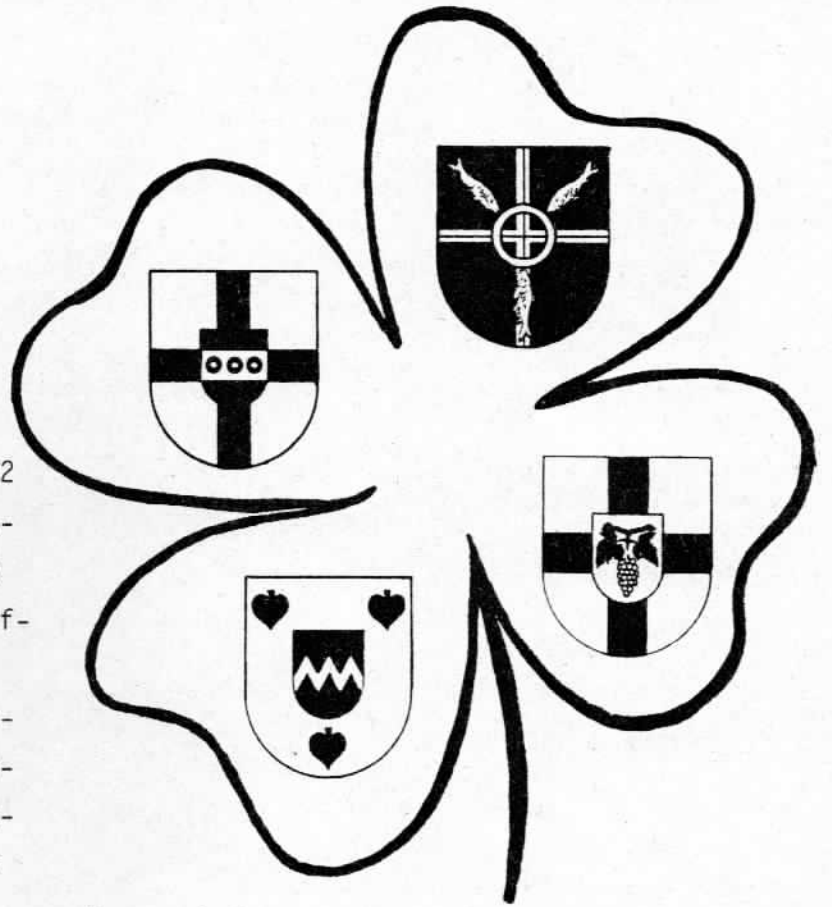
Hallo Leute!

Seid Ihr, Jugendliche im Alter von 15 bis 22 Jahren, auch der Meinung, daß hier in Allensbach und Umgebung entschieden zu wenig los ist? Klar, man kann nach Konstanz oder Radolfzell fahren oder nach.... Das kostet erstens Geld, was das ohnehin schmale Taschengeldbudget schmälert und zweitens eine Menge Zeit in Anspruch nimmt - nach einem hektischen Schultag auch nicht das "Gelbe vom Ei".

## Unsere Initiative

Also schlage ich vor, wir machen hier etwas los und treffen uns am Donnerstag, den 10.12., im Vereinshaus Allensbach (Radolfzeller Str. 25). Wer Interesse hat, sollte dort gegen 18 Uhr, mit zahlreichen gutgelaunten Freunden, erscheinen.

Da wir nicht genau wissen, was Euch im Einzelnen interessiert und worüber Ihr Lust hättet zu sprechen, bieten wir einen Dia-Bericht über Indien ("Indien lächelt eben anders") an, indem etwas über die Menschen dort, ihre Hoffnungen, Wünsche und Probleme erzählt wird. Ansonsten fänden wir es toll, wenn Ihr Eure Ideen mitbringen würdet (Umweltschutz, Wirtschaft, Frieden, Frauen, 3. Welt, Arbeitslosigkeit, Ausbildungsplätze, Schule, Aids, etc.).



Was auch immer Euch interessiert - vielleicht ist ja etwas dabei! Wir interessieren uns für Staat, Gesellschaft, Politik und glauben nicht an das, was alle Welt von "der Jugend" behauptet. Angeblich hätten wir ja nur Konsum, Freizeit oder einfach "fun" im Kopf, ohne uns für unsere Zukunft zu interessieren - schon gar nicht für Politik. Natürlich ist es oftmals schwer zu "durch"schauen, was da für Dinge ablaufen. Aber wie soll man Interesse zeigen, wenn die "da oben" doch machen, was sie wollen und wir Ihnen gleichgültig sind?! Wir sollten uns fragen, ob "die da oben" es sich wirklich leisten können, uns nicht zu beachten? Wir sind die Gesellschaft, die Wähler und der Staat von morgen!!!

Verbessern wir die Besserwisser und machen uns bemerkbar - steigen wir ein zum Umstieg, logo?! Dann bis zum 10. Dezember!

Frank Schwetz

# Mehr Frauen in die Politik

SPD will die Beteiligungsmöglichkeiten für Frauen verbessern



... die Frauen müssen sich freilich selbst auch rühren, denn das meiste hat noch immer erstritten werden müssen in dieser Gesellschaft (Willy Brandt 1973)

oder ... Wer wir sind und was wir wollen:  
FRAUEN IN DER SPD

Wir sind eine Gruppe von Frauen aus unterschiedlichsten Berufen, alle jedoch mit der Lust, miteinander spezifische Frauenprobleme zu erörtern und anzupacken. Frauen können nicht mehr aus den konkreten Problemen vor Ort und in der "großen" Politik ausgeklammert werden.

Wir wollen durch unsere Arbeit dazu beitragen, daß das Bewußtsein in der Bevölkerung für die Ziele der (tatsächlichen!) Gleichstellung von Frau und Mann geschärft wird. Es gibt keine politischen Entscheidungen, von der wir Frauen nicht mitbetroffen wären. Deshalb sollten ohne uns und über unsere Köpfe hinweg nicht mehr allein Männer die Politik bestimmen können.

An unseren Sitzungen und Diskussionen können auch Frauen teilnehmen, die nicht Mitglieder der SPD sind

Interessierte Frauen treffen sich  
am Donnerstag, dem 3.12.87 20.00  
in Konstanz, St. Johann

Konkret fordern wir

- ein Gleichstellungsgesetz, das u.a. für die Wirtschaft und den öffentlichen Dienst die gleiche Beteiligung von Männern und Frauen an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen vorsieht
- Gleichstellungsstellen, die in Bund, Länder und Kommunen die Gleichstellung von Frauen vorantreiben
- die 30-Stundenwoche, damit die Arbeit in Beruf und Familie zwischen Frauen und Männern gleich verteilt wird
- eine Berufsausbildungspflicht entsprechend der Schulpflicht und gezielte Programme zur Förderung von Mädchen in Berufen mit Zukunft
- die finanzielle Absicherung der Ausbildung (BAFÖG) auch im Interesse der Mädchen
- daß die Sozial- und Familienpolitik die Gleichstellung der Frau unterstützt



# Frauen sind selbstbewußter geworden



Und wir hier in Allensbach?

Wir wollen mithelfen, ein Forum für alle Frauen im Raum Konstanz/Radolfzell vorzubereiten. Unser erstes Ziel ist, in kleinerem Rahmen Arbeitsbedingungen von Frauen hier zu untersuchen. Wir wollen über Themenbereiche sprechen, die Frauen selbst erfahren haben.

z.Bsp. Arbeit als Hausfrau, Berufstätigkeit von Müttern mit schulpflichtigen Kindern, Teilzeitbeschäftigung, aber auch Arbeitslosigkeit, um nur einige Themen herauszugreifen.

Frauen, die hier gerne mitmachen möchten und sich betroffen fühlen, sind herzlich zu einem Treffen

● am Montag, dem 30.11.87 20.00 im ●  
● Gasthaus Weinbrunnen (obere Etage) ●  
● in Allensbach ●

eingeladen.

RAN AN DIE ZUKUNFT, am besten  
miteinander!

*Rosemarie Fri  
Christa Meuer*

## Die Zukunft ist weiblich



### Stoltenbergs Finanzakrobatik

#### Kommunen werden zur Kasse gebeten

Für Stoltenbergs Steuerreform '90 werden die Kommunen mit 10 Milliarden Mark zur Kasse gebeten. Denn was den Bürgerinnen und Bürgern auf der einen Seite zugute kommen soll — ein paar Hunderter für den Normalverdiener, einige Zehntausend für den Spitzenverdiener —, wird zu einem guten Teil aus dem Gemeindeanteil der Einkommenssteuer finanziert. Schon die auf 1988 vorgezogenen Maßnahmen bedeuten für die Kommunen Einnahmeverluste von 1,25 Milliarden Mark.

Und das geschieht zu einem Zeitpunkt, wo den Kommunen sowieso das Wasser bis zur Oberkante der Unterlippe steht. Denn auch für die verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik des Bundes müssen sie geradestehen. Mit der von ihnen aufzubringenden Sozialhilfe fangen sie die Sparmaßnahmen bei der Arbeitslosenversicherung gerade auf. Ihre Lage spitzt sich dramatisch zu. „Wenn der Bund seine Steuerreform wie geplant durchzieht und den Städten

keinen Ausgleich für Einnahmeverluste bietet, dann wird es geradezu katastrophal“, meint der Kölner OB Norbert Burger (SPD). Nach dem Deutschen Städtetag hat sich denn auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund einstimmig — also mit den Stimmen der CDU-Kommunalpolitiker — für die Verschiebung der Steuerreform ausgesprochen.

Unterm Strich bleibt: Was Stoltenbergs Finanzakrobatik den Bürgern einerseits an Geld zukommen lassen will, holt er sich an anderer Stelle von den Kommunen. Für den Bürger bleibt so gut wie nichts übrig. Im Gegenteil, die Lebensqualität für den einzelnen sinkt und die Folgen sind absehbar. Die Kommunen werden notgedrungen auf die Unterhaltung vieler Teile der Infrastruktureinrichtungen verzichten müssen. Sie werden Kultur- und Freizeitangebote reduzieren, Kindergärten, Altenheime und andere soziale Einrichtungen schließen oder verkleinern müssen.

# Unser Landtagskandidat

Dr. Gerhard Lindner

## Zur Person



Am 24. September wurde Dr. Gerhard Lindner mit großer Mehrheit zum Landtagskandidaten der SPD für die bevorstehende Wahl im März 1988 gewählt.

Gerhard Lindner ist spätestens seit dem Reaktorunfall in Tschernobyl im Mai 1986 einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden, als er sich umfangreichen Radioaktivitäts-Untersuchungen widmete und mit dafür sorgte, daß die Bevölkerung ausführlich informiert wurde. In zahlreichen Abendveranstaltungen sprach und diskutierte er mit den Zuhörern. Dabei verstand er es, aufgrund seiner klaren Erläuterungen bestehende Ängste zu einem Teil abzubauen und zu ersetzen durch angemessenes Schutzverhalten und gezielten Einkauf von Lebensmitteln.

Gerhard Lindner ist Dipl. Physiker und 1951 in Coburg/Bayern geboren. Er ist evangelisch, verheiratet und hat 3 Kinder im Alter von 1,7 und 9 Jahren. Nach dem Abitur absolvierte er seinen Zivildienst in einer Behindertenschule, studierte Mathematik und Physik zuerst in Erlangen, dann in Konstanz. Er schrieb seine Doktorarbeit in Experimentalphysik bei Prof. Dr. Recknagel und erhielt 1984 die Promotion.

Gerhard Lindner arbeitet im Anschluß daran als Hochschulassistent vor allem auf den Gebieten der angewandten Kernphysik in der Forschung und der Umweltforschung am Bodensee. Seit 1984 beteiligt er sich an einem internationalen Forschungsobjekt am europäischen Kernforschungszentrum CERN in Genf. Nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl wirkte er bei der Strahlenschutz-Vorsorge mit. U.a. in einer Berater-Kommission von Landrat Dr. Maus und einer Anhörung des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages zum Strahlenschutz-Vorsorgegesetz.

Dr. Gerhard Lindner ist Mitglied im Bund für Umwelt und Naturschutz und im Öko-Institut Freiburg und engagiert sich vor allem im Bereich der Energiepolitik.

Seine politischen Vorstellungen versuchte er zunächst bei den Grünen zu verwirklichen, trat aber bereits nach einem Jahr aus der Partei aus, weil er den Stil politischer Aktionen ablehnte. 1984 trat er der SPD bei.



Die Schwerpunkte seines politischen Interesses sind:

- Verkehrspolitik: Verkehrsgerechter und umweltverträglicher Ausbau der B33, Förderung des Schienenverkehrs.
- Energiepolitik-und Umweltpolitik: Intelligente Energienutzung und Einführung der Solar-und Wasserstofftechnik. Ablösung der Kernenergie, Luftreinhaltung und Gewässerschutz.
- Technik und Forschungspolitik: Nutzung moderner Technologien für wettbewerbsfähige und umweltfreundliche Produktionssysteme.
- Strahlenschutz und Gesundheitsvorsorge: Vorsorgeplanung für Katastrophenfälle.
- Landwirtschaftspolitik: Umstellung auf naturverträgliche und existenzsichernde Bewirtschaftungs-und Vermarktungsformen.

## Stellvertretende Landtagskandidatin



Sie wurde 1944 in Freiburg geboren, ist verheiratet und hat zwei Söhne im Alter von 17 und 14 Jahren. Durch ihr Elternhaus kam Christa Ulmer zeitig mit vielschichtigen sozialen Problemen in Berührung. Ihr Vater setzte sich als Pfarrer intensiv für die Belange von Strafgefangenen, Fremdenlegionären und Behinderten ein. Dem väterlichen Vorbild entsprechend war es für sie selbstverständlich, neben Schule und Studium an den Wochenenden Hilfsdienste im Krankenhaus und im Kinderheim zu leisten.

Nach dem Pädagogikstudium war sie als Lehrerin zuerst in Dettingen, dann in Allensbach und z.Zt. in Hegne tätig.

Über ihre schulische Tätigkeit hinaus arbeitete sie sowohl in der Lehrerausbildung als auch an der Universität Konstanz am Projekt "Aggression in der Schule" mit. Christa Ulmer ist seit 1980 Mitglied der SPD. Als Ortsvereinsvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende ist sie im Ortsverein Allensbach sehr aktiv. Sie gilt als Initiatorin der Ortsvereinszeitung "Kleeblatt" in Allensbach. Im Bund für Umwelt und Naturschutz engagiert sich gegen die "Hochspannungstrasse".

Schwerpunkte des politischen Interesses sind:

- Familien-und Gesellschaftspolitik: Aktive Gleichberechtigung für Frauen, Schutz von Minderheiten.
- Bildungspolitik: Demokratische Fortentwicklung des Schulwesens.
- Umweltpolitik: Stadt-und Dorfentwicklung unter ökologischen Gesichtspunkten.
- Verkehrspolitik: Verkehrsgerechter und umweltschonender Ausbau der B33

# Gipfel

# treffen



Mit dem Bundestags-Abgeordneten  
Robert Antretter auf dem Walzenberg

Besuch aus Bonn war angesagt - eine Delegation von vier SPD-Bundestagsabgeordneten wollte Ende Oktober zwei Tage lang im Kreis Konstanz nach dem Rechten sehen, darunter auch Robert Antretter, Mitglied im Verkehrsausschuß. Was lag näher, als ihn mit der Auseinandersetzung um die B33 zu konfrontieren - so ergab sich schließlich ein "Gipfeltreffen" mit Bürgermeister Kennerknecht und allen in dieser Frage engagierten Bürgerinitiativen auf dem Walzenberg. Robert Antretter nahm die unterschiedlichen Standpunkte aufmerksam zur Kenntnis, stellte aber auch klar, daß der Verkehrsausschuß des Bundestags mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD in Kenntnis der lokalen Gegebenheiten den Ausbau der B33 im Zuge der bisherigen Trassenführung im Bundesfernstraßengesetz verankert habe. Denn der Bundestag wünscht keine Fernstraße für den Durchgangsverkehr, sondern eine Bundesstraße, die den regionalen Ziel- und Quellverkehr wirkungsvoll bündelt. Er sagte zu, sich auf jeden Fall für einen optimalen Lärmschutz und eine anliegerfreundliche Gestaltung einzusetzen; beim erklärten Willen aller Parteien könne der Bundestag die erforderlichen Mittel nicht versagen.

# Vier Schritte in eine umweltfreundliche Zukunft:



Natürlich war von dieser "Bergpredigt" keine Lösung des Konflikts in Allensbach zu erwarten, doch es wurde allen Gesprächsteilnehmern bewußt, wie wichtig es ist, die Gräben nicht so tief werden zu lassen, daß bei anderen wichtigen Anliegen kein Zusammenwirken mehr möglich ist. Und in der Landespolitik gibt es eine Reihe drängender Aufgaben, die auch bei der Landtagswahl am 20. März eine Rolle spielen:

- In der Energiepolitik muß die Ablösung der Kernenergie mit mutigen Initiativen für intelligente Energiespartechniken, emissionsarme Kohlekraftwerke und die Entwicklung der Solar-Wasserstoff-Technik in Angriff genommen werden.



- + Der vorbeugende Gesundheitsschutz muß mehr Bedeutung bekommen, z.B. durch strenge Grenzwerte für Gifte und Radioaktivität in Lebensmitteln und wirkungsvolle Kontrollen. Die Ausbreitung von Aids muß durch intensive Beratung und Schärfung des Verantwortungsbewußtseins jedes Einzelnen eingedämmt werden. Menschlicher Einsatz und menschliche Zuwendung dürfen im Gesundheitswesen nicht wegrationalisiert werden.

- Landwirtschaftliche Betriebe müssen für alle Leistungen, die sie im Dienste der Allgemeinheit erbringen, auch angemessene Vergütungen erhalten und vom Zwang zur umweltschädlichen Intensivst-Produktion befreit werden. Für bäuerliche Familienbetriebe muß es reelle Chancen für eine moderne, umweltverträgliche und wirtschaftlich tragfähige Landbewirtschaftung geben.



- Die Förderung des technischen Fortschritts als Grundlage unseres Wohlstands darf sich nicht nur am kurzfristigen wirtschaftlichen Nutzen orientieren, sondern muß die Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen und den sozialen Ausgleich zum Ziel haben.



**Hier ist was los:**

Rathausplatz  
28.11.87

## Aufwärmen am Glühweinstand

will der Ortsverein der SPD alle diejenigen, die beim 3. Allensbacher Weihnachtsmarkt ein paar Geschenke für das Weihnachtsfest suchen.

Zum hausgemachten Glühwein laden wir alle Bürgerinnen und Bürger herzlich ein.



## Auch das noch

S' Kleeblättle lernt nie aus . . . . .

Begriffserklärung von Schönheit:

Was ist Schönheit? Schönheit ist..äh...mhm.. ach, schlagen wir doch einfach mal bei Klaus von Trotha nach und zwar in "Stimmen der Region", der Broschüre also, die die Befürworter der Hochspannungstrasse herausgegeben haben.

Dort steht und so im SÜDKURIER zitiert:

"Schönheit ist, was von der Norm abweicht".

Aha, ist fast klar, oder? Aber da steht noch, daß der(philosophierende) CDU-Landtagsabgeordnete und Akademische Oberrat die "Schönheitsnorm zum Übergewichtigen Entscheidungskriterium erhoben hat." (Im Zusammenhang mit der künftigen Trasse der B33). Au, jetzt wird's schon schwieriger. Was meint er bloß mit der Schönheitsnorm? Also, nochmal: Schönheit ist, was von der Norm abweicht. Dann ist die Schönheitsnorm, die von der Norm abweichende Norm? Wo aber bleibt die Schönheit? S' Kleeblättle muß unbedingt zur Uni!

Sonst weiß es vielleicht nicht einmal, daß der Bodanrück schön ist.



### Impressum:

Hrsg.: SPD-Ortsverein  
Allensbach  
Red. : Christa Ulmer  
Rosemarie Frei  
Christian Bässler  
Anschrift der Redaktion:  
Wiesenstraße 11  
7753 Allensbach  
Druck :Romer, KN